

Litteratur.

Placita Anglo-Normannica: Law Cases from Willam I. to Richard I. preserved in historical records, by Melville Madison Bigelow; London 1879.

Melville Madison Bigelow, History of procedure in England from the Norman Conquest. The Norman period (1066—1204); London 1880.

Sieht der englische Jurist in den englischen Rechtsquellen der anglo-normannischen Periode mit Recht die deutlich erkennbaren Wurzeln seines Common Law, so hat für den deutschen Rechtshistoriker gerade diese Epoche der englischen Rechtsgeschichte besonderes Interesse, weil uns das Recht Englands in dieser Zeit noch vielfach die wohlbekannten Züge unseres heimischen Rechtes zeigt und auch die tiefgreifenden Unterschiede, welche sich bereits geltend machen, uns wenigstens noch leicht verständlich sind. Denn erst im Laufe des dreizehnten Jahrhunderts nimmt das englische Recht allmählich jenen scharf ausgeprägten Sonder-typus an, der es den continentalen Juristen als so fremdartig erscheinen lässt.

Für die Edition anglonormannischer Rechtsquellen ist seit den letzten zehn Jahren in England Erhebliches geleistet worden. Nur im Vorübergehen sei die von Travers Twiss besorgte neue Ausgabe Bractons erwähnt, ein Unternehmen, welches ich schon vor Jahren im Gegensatz zu Güterbock für ein Bedürfniss erklärt hatte. Nicht minder willkommen sind die von Wilhelm Stubbs zusammengestellten Select Charters and other Illustrations of english constitutional history from the earliest times to the reign of Edward the first (2d. ed. 1874), welche namentlich in Bezug auf die Satzungen von Wilhelm I. bis zur Magna Charta eine bisher lebhaft empfundene Lücke ausfüllen.

Eine sehr schätzenswerthe und brauchbare Ergänzung des bisher vorliegenden Quellenmaterials liefert uns Bigelow in seinen Placita anglonormannica. Sie bilden ein corpus placitorum für die Zeit von Wilhelm dem Eroberer bis 6 Richard I., mit welchem Jahre die uns erhaltenen rotuli curiae regis einsetzen. Der Hauptsache nach setzt sich Bigelows Sammlung aus Processberichten der englischen scriptores namentlich der Klosterchroniken, aus Writs, aus processrechtlichen Stellen des Domesdaybook und der Schatzrollen zusammen. Den weitaus wich-

tigsten Bestandtheil des *corpus placitorum* bilden die Writs. Die Berichte der rein historischen Quellen geben zwar einzelne höchst werthvolle Beiträge für die Geschichte des anglonormannischen Rechtsgangs, bieten aber doch trotz ihrer Weitschweifigkeit verhältnissmässig geringere Ausbeute wie die technischen Records, welche uns seit 6 Richard I. in den *rotuli curiae regis* vorliegen.

Bigelow hat nur aus gedruckten Quellen, nicht aus Handschriften geschöpft. Doch war das Material, welches er zusammenbrachte, nur erst zum Theile rechtshistorisch verwerthet worden. Soweit dies geschehen, hat es der Verfasser verschmäht, bei den einzelnen Urkunden und Nachrichten die bezügliche rechtshistorische Literatur anzuführen. Und doch hätten solche Literaturnachweise, wie sie z. B. Lörsch und Schröder ihren Urkunden zur Geschichte des deutschen Rechtes beigefügt haben, die Benutzung der *Placita anglonormannica* wesentlich erleichtert, ihre praktische Brauchbarkeit namhaft erhöht.

Den einzelnen Stücken des Urkundenbuches hat Bigelow eine kurze Inhaltsangabe in englischer Sprache vorausgeschickt. Als ein Missverständniss ist mir aufgefallen, dass Seite 206 ein Breve Heinrichs II. für Abingdon von 1159 als ein Privilegium „to plead by attorney“ bezeichnet wird. Das Breve, dessen wesentlicher Bestandtheil lautet: *permitto quod abbas . . mittat senescallum suum vel aliquem alium in loco suo ad assisas . . et ad placita*, gewährt nicht das Recht durch einen Vertreter zu processiren. Für eine derartige Vergünstigung existirte in Heinrichs II. Zeit das *breve de recipiendo responsalem* (*Glanvilla* XI, 2), welches einen ganz andern Wortlaut und Inhalt hat. Gemeint ist vielmehr das Recht, die Dingspflicht durch einen Vertreter zu absolviren, welches vor dem Statut von Merton von 1240 (20 Hen. III, c. 10) ein besonderes königliches Privilegium voraussetzte. Vergleiche darüber meinen Aufsatz: Die Zulässigkeit der Anwaltschaft im französischen, normannischen und englischen Rechte des Mittelalters, in *Bernhöfts Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft* I. (1878) p. 370 und Note 125.

Dass die drei Writs auf Seite 33 aus der *Historia monasterii S. Augustini* mit Hardwick, dem Herausgeber derselben, der Zeit Wilhelms I. zugeschrieben werden, scheint mir höchst bedenklich. Schon Stubbs, der sie mit Palgrave in die Zeit Heinrichs I. setzt, hat jene Datirung (*Constitutional History* I, 1. ed. p. 395, Note 1) als *very improbable* bezeichnet.

Auf den Inhalt der von Bigelow zusammengestellten *placita* näher einzugehen, ist hier nicht der Ort. Soweit sie von processrechtlicher Bedeutung sind, hat sie bereits der Herausgeber in seiner Geschichte des englischen Rechtsganges verwerthet.

Da Bigelow es unterlassen hat, ungedrucktes Material in seine Sammlung aufzunehmen, so kann es nicht ausbleiben, dass sich binnen kurzem das Bedürfniss nach Ergänzungen aus neueren Quellenpublicationen einstellen wird, wenn anders das *corpus placitorum* in Bezug

auf den edirten Quellenkreis als complet erscheinen soll. Beispielsweise bietet schon eine Publication, welche noch in demselben Jahre erschienen ist, in welchem Bigelow seine placita anglonormannica herausgab, einen sehr werthvollen Nachtrag dar. F. Liebermann veröffentlichte 1879 in seinen „ungedruckten anglonormannischen Geschichtsquellen“ u. a. die *Miracula sancti Eadmundi* von Heremannus archidiaconus, welche gegen Ausgang des elften Jahrhunderts verfasst worden sind. Dieselben enthalten die Darstellung eines Rechtsstreites, welchen Bischof Arfast von Ostanglien unter Wilhelm dem Eroberer gegen die Abtei Sanct Edmunds erhoben hatte, die er seiner Jurisdiction zu unterwerfen suchte. Um den Rechtsfall zur Anschauung zu bringen, schreibe ich die am meisten charakteristischen Stellen aus. Zunächst erkaufte sich Arfast von König Wilhelm die Erlaubniss vor ihm zu processiren.

Et quia omnia Rome venalia (eine Anspielung auf das normannische vendere iusticiam), ad hoc est audax promota presulis lingua promittens regi centum marcas auri, si sibi concederet placitationem enarrandi, inreverens confisus in nichilo, ac nescius sancti vindictam pro foribus fieri presto¹⁾.

Um 1080 sendet der König den Erzbischof Lanfrank nach Bury um eine Inquisitio vorzunehmen.

.. ut intelligeretur comitatus exinde, mittitur ad suburbium martyris Eadmundi regio iussu Lanfrancus Cantuariæ presul. Hac pro re terminato ibidem novem comitatum cetu, Aelfwino Ramesiensi abbate tunc pleno dierum ac sene, cuius testimonium ex tempore regis Cnuti prolatum, voceque novem comitatum obfirmatum, abbatia viguit prenominata, tunc temporis libertate testificata.

Schon Liebermann hat in einer Anmerkung mit Recht hervorgehoben, dass Lanfrank als königlicher Missus, der Abt von Ramesy als Obmann einer Beweisjury von Inquisitionszeugen aus neun Grafschaften fungirte. Der Bischof klagte später nochmals bei König Wilhelm und seine Sache kommt zu Ostern 1081 im Königsgerichte zur Verhandlung presentibus Angliæ optimatibus cunctis, archiepiscopis, episcopis, abbatibus, comitibus, singularumque regionum maioris Britanniae principibus. Als der Bischof seine Klage einbringt, wirkt der heilige Edmund ein Wunder, indem er den Kläger derart verwirrt, dass er missespricht, sich, statt testes legales zu nennen, auf das Zeugniß des Hundejungen seines Vorgängers beruft und dann nicht wissend, was er gesagt habe, mitten im Worte stockt.

Presul nimium pertinax clamat, quod sepe frustra clamaverat; carens privilegiis viles personas pro privilegio revocat, habere se dicit in testimonium sui antecessoris custodem canum²⁾, quo dicto stupefit

¹⁾ Liebermann a. a. O. S. 251. — ²⁾ Einen Klagzeugen sehe ich darin nicht. Der Bischof nannte wohl mehrere untaugliche Zeugen (viles personas), von welchen der Hundewärter als der bezeichnendste hervorgehoben wird. Nicht die Klage als solche, sondern die Berufung auf die Zeugen war verfehlt. Auf eine nichtige Klage hin brauchte nicht weiter verhandelt zu werden.

in medio verbo inscius, quid dixerit omnino: sic virtus sancti operatur in illo¹⁾.

Der Abt beruft sich für die Freiheit seiner Kirche auf Urkunden und auf die kanonische Verjährung.

Huius itaque frustrato calamitatis eloquio, quia legali nequaquam fulciebatur testimonio, palam privilegia leguntur abbatis, profertur libertas data Sancto regibus ab antiquis . . .

Es folgt das Urtheil.

Hoc ventilato in publicum iubet rex teneri iudicium causis auditis amborum . . . Descendunt ad iudicium ecclesiae causarum ventilatores cum episcopis archipresules, non desunt abbates vel docti causis forensibus comites. Omnibus est una voluntas, rethoricae Ciceronianas incedere vias, cuius artis duo genera, demonstrativum ac deliberativum transcurrentes, in tertio, dicto iudiciale, ponunt pedes.

Das Urtheil, welches natürlich zu Gunsten Sanct Edmunds ausfällt, wird unkluger Weise von Arfast gescholten.

Quo assurgit contrarie iam dictus presul inpatiens mentis et exul falsificat iudicium suum videlicet infortunium, pro quo dicto vadum cum baculo episcopalem anulum (dat), fere non iam episcopus, sed pro vindicta quasi depositus.

Die Schelte war, nachdem das Urtheil allgemeine Zustimmung gefunden (hoc iudicio omnium assensu communi versato), nicht mehr zulässig gewesen. Denn sie muss, um gültig zu sein, incontinenti nach Einbringung des Urtheils geschehen. Der Bischof verfällt daher in eine Busse, für welche er seine bischöflichen Insignien zum Pfande setzt. Der ganze Bericht ist, wenn wir von der wunderbaren Intervention Sct. Edmunds absehen wollen, durchaus glaubwürdig. Der Verfasser selbst hatte, bevor er in den Dienst des Abtes von Sct. Edmund übergetreten war, im Interesse des Bischofs Briefe verfasst, geschrieben und über Meer getragen. Seine Darstellung ist von hohem rechtsgeschichtlichem Werthe, denn sie zeigt uns, dass schon unter Wilhelm I. normannische Processformen das Verfahren des Königsgerichtes beherrschten.

Als Anhang zu seiner *History of Procedure in England* veröffentlichte Bigelow eine Anzahl von Urkunden, welche er als eine Ergänzung seiner *Placita Anglonormannica* betrachtet wissen will. Es sind zum grössten Theile inedita. Von den 56 Nummern des Appendix betreffen nicht weniger wie 52 normannische, nur 3 englische Urkunden. Ein französischer Gelehrter, Léchaudé d'Anisy hat in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts mit erstaunlichem Fleisse eine Sammlung von

¹⁾ Dass das Missesprechen vor Gericht als eine Strafe Gottes auf übernatürliche Einwirkung zurückzuführen sei, ist eine Anschauung, welche sich noch in französischen Rechtsquellen des dreizehnten Jahrhunderts findet. Nach De Fontaines V, § 7 entzieht sich derjenige, der eine fälschlich vorgeschützte *Essoine* (echte Not) beschwört, den Beistand Gottes für den Rechtsstreit. *Et l'en voit-on molt sovent perdre on par mes-parler on par autres errementz.* Brunner, Wort und Form im altfranzösischen Process 681, 682.

Abschriften und Excerpten aus normannischen Cartularien angelegt. Seine Sammlung befindet sich als zwanzigbändiges Manuscript in der Pariser bibliothèque nationale, wo ich sie 1868 für die Entstehung der Schwurgerichte durchgearbeitet habe. Druckreif ist die Compilation nicht; sie genügt nur zum Privatgebrauch. Nicht selten beschränkt sich Léchaudé, dem es vor allem auf die Zeugenreihen ankam, auf einen blossen Auszug des Urkundentextes. Soweit er die Urkunden ausschrieb, sind seine Abschriften theilweise incorrect, so dass ich Bedenken tragen würde, eine Urkunde aus der Collection Léchaudé abzu- drucken, ohne das betreffende Cartulaire zu vergleichen, dem sie ent- nommen wurde. Eine augenscheinlich nach derselben Methode an- gelegte Sammlung Léchaudés befindet sich in dem Public Record Office zu London. Sie stammt aus dem Jahre 1825 und betitelt sich: *Cartulaire de la Basse-Normandie ou copie des chartes et autres actes concernant les biens et privilèges concédés en Angleterre à diverses maisons religieuses*. Dieser Compilation entlehnte Bigelow die Nummern 4—39 seines Appendix und zwar scheint er diese Stücke genau so abgedruckt zu haben, wie er sie in dem Werke Léchaudés vorfand. Die selbst- verständliche Folge dieses Verfahrens ist es, das Bigelows Edition ebenso unkritisch ist wie seine Vorlage. Unkritisch ist es z. B., eine Urkunde Heinrichs II. so abzu- drucken, dass der Aussteller als „Henricus etc.“ eingeführt wird, ein Eingang, der sich in mehreren Stücken von Bigelows Appendix findet. Und doch wäre gerade bei den betreffenden nicht datirten Urkunden Heinrichs II. der volle Titel des Ausstellers, wie ihn das Originalcartular angibt, von wesentlicher Bedeutung für die Zeitbestimmung. Andere Stücke beginnen bei Bigelow mit „*sciant omnes etc.*“ oder mit „*universis etc.*“ Das heisst nicht Urkunden ediren, sondern unter dem Namen einer Urkundenpublication blosser mehr oder minder unvollkommene Excerpte darbieten. Wollte Bigelow nur Aus- züge geben, welche für die Geschichte des Processrechtes von Belang sind, so musste er dies ausdrücklich sagen und durfte er andererseits nicht Excerpte aufnehmen, welche für die Processrechtsgeschichte völlig unergiebig sind. Nummer 7 seines Appendix enthält folgendes Excerpt, welches er wörtlich aus Léchaudé entlehnt zu haben scheint: *Debats judiciaire au sujet d'un différend porté en la Cour du roi . . . qui n'est remarquable que par le nombre de témoins présens à cet acte. Il se termine ainsi: . . . folgen das Actum und die Zeugen. Es ist durchaus unerfindlich, zu welchem Zwecke diese Notiz Léchaudés in den Appendix aufgenommen wurde.*

Für die Urkunden Nr. 44—55¹⁾ ist das Cartulaire de Baieux oder liber niger de Baieux (*capituli ecclesiae Baiocensis*) und nicht Léchau- dé's Cartulaire de la basse Normandie als Quelle angegeben. Bigelow

1) Nr. 48 (*Cart. de Baieux Nr. 27*) war schon von De la Rue, *essais historiques sur la ville de Caen 1820*, tome I., *preuves* nr. 1 abgedruckt worden, so dass Bigelows Be- merkung S. 387, Note 4: none have ever before been printed in full, nicht aufrecht erhalten werden kann.

scheint sie also nicht (wie die Bajocenser Urkunden Nr. 4, 5 des Appendix) aus der Sammlung Léchaudés, sondern aus dem Originalcartular selbst oder aus jüngeren Abschriften geschöpft zu haben. Vor ungefähr zwölf Jahren habe ich mir von den meisten dieser Urkunden aus Delisle's Privatsammlung von Abschriften normannischer Urkunden Abschrift genommen. Wenn ich damit die Texte Bigelows vergleiche, finde ich, dass diese hier und da an Correctheit zu wünschen übrig lassen. Bei Bigelow beginnen verschiedene Urkunden mit den Worten: *Dux Normanniae et comes Andegavorum*. Der Herausgeber hätte vor dem Worte *Dux* die Stelle, wo der Namen des Herzogs stehen sollte, durch Punkte andeuten müssen. Denn der Schreiber des *liber niger* von Baieux liess nicht selten den Platz für den Namen des Herzogs offen, welcher augenscheinlich später in ausgezeichneter Schrift nachgetragen werden sollte.

Auf die ungefähre Datirung der nicht datirten Bajocenser Urkunden hat sich Bigelow nicht eingelassen. Wenn er Seite 387 Note 4 die aus der Zeit Heinrichs II. stammenden Stücke, welche den Bischoff Philipp von Baieux betreffen, zwischen den Jahren 1154—1166 einreihet, so hat er zum mindesten den *terminus a quo* unrichtig angesetzt, weil er die englische, nicht die normannische Regierungsepoche Heinrichs II. zu Grunde legte. Heinrich II. wurde allerdings erst 1154 König von England, war aber schon seit 1150 Herzog der Normandie. Ich habe einzelne der von Bigelow abgedruckten Urkunden in der Entstehung der Schwurgerichte S. 264 ff., 302 f. datirt. Bigelow hat diese Datirungen, für welche ich mich ausdrücklich auf die Autorität Delisle's berufen habe, vollständig ignorirt. Und doch sind sie für die Geschichte der Recognitionen von einschneidender Bedeutung. Im *liber niger* werden bei den Urkunden Heinrichs II. dessen volle Titel mit Genauigkeit angegeben. Erscheint er als *rex Angliae*, so ist die Urkunde nicht vor 1154 abgefasst worden. Fehlt der *rex Angliae* im Titel, so muss sie zwischen 1150—1154 entstanden sein und zwar entweder 1150—1152 oder 1152—1154 jenachdem der *dux Aquitanorum* im Titel fehlt oder vorhanden ist. Bigelow, der nur mit Heinrichs II. englischer Regierungsepoche rechnet, hat all das übersehen. Ueberdies stehen die Urkunden, betreffend die Inquisitionen und Recognitionen für Baieux in sachlichem Zusammenhange und bieten hierdurch sowie durch die darin genannten Namen normannischer Grossen weitere Anhaltspunkte für die Datirung.

Nach alledem kann das Urtheil über Bigelows Edition der normannischen Urkunden seines Appendix kein günstiges sein. Sie vermag nur aufs neue den Wunsch anzuregen, dass mit einer methodischen Ausgabe der normannischen Cartularien, insbesondere des *liber niger capituli ecclesiae Baiocensis* endlich Ernst gemacht werde.

Weit höheren Werth wie diese etwas unreife Urkundenpublikation hat Bigelows Geschichte des englischen Rechtsgangs, welche trotz

mancher Mängel im Einzelnen für eine anerkennenswerthe Leistung gelten darf.

Der Verfasser behandelt seinen Stoff — es soll das kein Vorwurf sein — mehr vom Standpunkte der Processalterthümer wie vom Standpunkt der Processrechtsgeschichte. Die Gegensätze von angelsächsischem Volksrecht, normannischem Volksrecht und normannischem Königsrecht, welche die englische Rechtsgeschichte dieses Zeitraumes ausfüllen, kommen nicht in genügender Weise zum Ausdruck. Bei den wesentlichsten Materien hat es der Verfasser verschmäht, den Anschluss der anglonormannischen Rechtsentwicklung an das Recht der Normandie und an das fränkische Recht zur Anschauung zu bringen. Während man früher in England den Einfluss der Reformen Heinrichs II. auf das Gerichtswesen zu überschätzen geneigt war, wird ihre Bedeutung von Bigelow, nach meinem Dafürhalten mit Unrecht, auf ein Minimum reducirt. Trotz dieser und anderer Bedenken ist Bigelows Arbeit als erster Versuch einer zusammenhängenden Darstellung des anglonormannischen Processrechts zu begrüßen, welcher die richtige Erkenntnis desselben in zahlreichen Details zu fördern verstanden hat.

Das Werk eignet sich wegen der Fülle des verarbeiteten Stoffes wenig zu einem zusammenfassenden Referate. Ich werde mich daher in Folgendem hauptsächlich darauf beschränken, einige Punkte herauszuheben, welche zu polemisirenden oder zu ergänzenden Bemerkungen Anlass boten.

Das erste Kapitel führt die Ueberschrift: principles of criticism und erörtert in allgemeinen Zügen das Verhältniss des anglonormannischen Rechtes zum germanischen, zum angelsächsischen und zum normannischen. In Bezug auf das letztere spinnt der Verfasser den Gedanken aus, dass zwischen dem anglonormannischen und normannischen Rechte Verschiedenheiten bestehen und sonach nicht von jedem normannischen Rechtssatze auf einen entsprechenden anglonormannischen geschlossen werden könne. Die Bemerkung ist so zweifellos richtig, dass sie für selbstverständlich gelten darf. Freilich darf die historische Kritik, wenn anders sie das Verhältniss des normannischen Rechtes zum anglonormannischen Rechte fruchtbar machen will, bei Constatirung dieser Thatsache nicht stehen bleiben. Die Verwandtschaft der beiden Rechte beruht in der Gemeinsamkeit der Rechtsinstitute, welche diesseits und jenseits des Canals eine in den Details verschiedenartige Ausprägung erhalten haben. Jene Gemeinsamkeit führt aber auf Rechtsgedanken zurück, welche aus der Normandie nach England übertragen worden und regelmässig in letzter Linie an Einrichtungen des fränkischen Rechtes ihren Anknüpfungspunkt finden. Bigelow führt eine Anzahl von Unterschieden zwischen dem normannischen und anglonormannischen Rechte an. Seine Aufzählung liesse sich nicht unschwer vermehren. Beispielsweise kann nach anglonormannischem Rechte die Vollmacht des für den Rechtsstreit bestellten Attornatus widerrufen werden, während sie in der Normadie unwiderruflich ist. In der Nor-

mandie erfordert die *attornatio*, wenn sie nicht vor dem König vorgenommen worden ist, die *praesentia adversarii*, in England kann sie, soweit sie überhaupt zulässig ist, auch in Abwesenheit des Gegners stattfinden. Nichtsdestoweniger leidet es keinen Zweifel, dass der englische Attorney eine Nachbildung des normannischen Attornatus ist. In Bezug auf die differirenden Punkte enthalten die normannischen Quellen das ältere Recht, wie es z. Th. nachweislich, z. Th. höchst wahrscheinlich in den Anfängen der anglonormannischen Periode auch in England gegolten hat. Der Grundgedanke aber, dass nur die königliche Gewalt die gültige Bestellung eines Anwalts vermitteln könne, ist fränkischer Herkunft (Siehe meinen Aufsatz über die Zulässigkeit der Anwaltschaft in der Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft I).

Gegen Bigelow, der für England den petitorischen Charakter des *breve de feodo et elemosina* behauptet, muss ich meine entgegengesetzte Ansicht aufrechterhalten¹⁾. Glanvilla konnte es nicht bloss aus formellen, sondern auch aus materiellen Gründen nicht zu den *brevia de recto* stellen. Das *placitum de recto* brachte eine definitive Entscheidung des Rechtsstreites, die *recognitio de feodo et elemosina* nur eine provisorische. Nach den Constitutionen von Clarendon (Stubbs, *Select charters* 139, c. 9) soll die *recognitio* nur entscheiden, ob der Rechtsstreit in *curia ecclesiastica* oder im weltlichen Gerichte stattzufinden habe, ohne eine Aenderung des Besitzstandes herbeizuführen. Erst wenn in dem Gerichte, dessen Competenz die *recognitio* angegeben hat, das Grundstück *per placitum dirationatum fuerit*, kann der Besitzer den Besitz verlieren. Nach Glanvilla entscheidet zwar die *recognitio* definitiv über den kirchlichen oder weltlichen Charakter des Grundstücks; allein wenn das Gut als *elemosina* recognoscirt worden ist, so kann die Partei, die es als *feudum laicum* in Anspruch genommen hatte, noch immerhin geltend machen, dass sie der Kirche gegenüber daran ein Leiherecht und demgemäss ein Besitzrecht habe. In der Normandie hat das Breve von vornherein den petitorischen Charakter, welchen es in England später erhalten hat. Den Schlüssel zur Erklärung des Unterschiedes liefert die Geschichte der Constitutionen von Clarendon. Heinrich II. musste in England die weltliche Jurisdiction der Kirche wieder abringen, welcher sie Stephan Preis gegeben hatte. Durch den bekannten Widerstand der englischen Prälaten zu Rücksichten gezwungen, welche man in der Normandie nicht in gleichem Masse zu nehmen brauchte, führte er die *recognitio de feodo et elemosina* zunächst nur als eine *recognitio* über die Competenzfrage, nicht als eine *recognitio* über die Rechtsfrage ein.

Das zweite Kapitel, betitelt the Danelag, erörtert die Geltung des nordischen Rechtes in einzelnen von Dänen besiedelten Gebieten Englands. Der ganze Abschnitt könnte, so interessant das Thema ist, ohne Nachtheil für das Ganze fehlen.

¹⁾ Entstehung der Schwurgerichte S. 324.

Zeitschrift d. Savigny-Stiftung. II. Germ. Abth.

Der dritte Abschnitt „the Courts“ ist der Gerichtsverfassung gewidmet und behandelt der Reihe nach das Witenagemot, die geistlichen Gerichte, das Königsgericht, die County Courts (mit Einschluss der Assisen) das Hundertschaftsgericht, die grundherrlichen Gerichte (manorial Courts) und die Forstgerichte. Gegen diese etwas tumultuarische Anordnung und Eintheilung lassen sich mancherlei Bedenken geltend machen. Die geistlichen Gerichte stellen sich als ein Gegensatz zu sämtlichen weltlichen Gerichten dar. Der Verfasser schießt weit über das Ziel hinaus, wenn er die grundsätzliche Gleichheit des Verfahrens im geistlichen und im Laiengerichte behauptet. Man kann nur sagen, dass die Kirche dem weltlichen Rechte einzelne Einrichtungen, wie Eideshülfe und Ordalien entlehnt hatte und dass der Gegensatz des Verfahrens sich mehr und mehr erweiterte, je fester der kanonische Process, auf welchen die geistlichen Gerichte angewiesen waren, durch die kanonistischen Rechtsquellen ausgebildet wurde. In dem nach geistlichem Rechte behandelten Falle *Placita anglonormannica* p. 79 eine *recognitio* oder an *exemplification of the modern jury in its most essential features* zu sehen, ist meines Erachtens durchaus unzulässig. In Frage steht, ob Mathilde, die Braut Heinrichs I. im Kloster den Schleier genommen habe. U. a. werden zwei Archidiaconen in das Kloster geschickt, um sich darüber zu erkundigen. Diese bezeugen dann: *se rem a sororibus diligentissime perquisisse et nil quod relatae relationi* (dass Mathilde nicht als Nonne im Kloster war) *obsisteret, ab eis capere potuisse*. Das ist eine ganz formlose amtliche Untersuchung, es ist nicht einmal von einem eidlichen Wahrheitsversprechen der Archidiaconen die Rede. Angebliche Züge der Jury würden sich in dieser Art wohl mit Leichtigkeit allenthalben nachweisen lassen.

Die Scheidung zwischen Witenagemot und curia regis ist keine gerichtsverfassungsmässige. Das Witenagemot, welchem der König vorsitzt, erscheint, wie Bigelow gelegentlich richtig bemerkt, als curia regis, nur dass sie ansehnlicher besetzt ist und diesfalls in älterer Zeit mitunter mit dem angelsächsischen Worte bezeichnet wird.

Der Exchequer ist als eine Abzweigung der curia regis unter den Rahmen derselben zu stellen. In Bezug auf seine Entstehung hält der Verfasser mit Stubbs an der Negation des normannischen Ursprunges fest. Unbekannt blieb ihm die treffliche Untersuchung Liebermanns: Einleitung in den *dialogus de scaccario* (1875), welche (S. 108) den angelsächsischen Ursprung ausdrücklich abweist, aber allerdings die Möglichkeit offenhält, dass der Exchequer von Wilhelm dem Eroberer in England eingeführt worden sei, ohne vorher in der Normandie bestanden zu haben. Auch das Verhältniss des sicilischen zum anglonormannischen Exchequer, welches in die Frage hineinragt, hat vor kurzem von unerwarteter Seite her ein Beleuchtung erfahren, welche Bigelow entgangen ist. Stubbs und mit ihm Bigelow betrachten den sicilischen Exchequer als eine Nachahmung des englischen, indem sie sich dafür auf eine Stelle des *dialogus de scaccario* berufen. Dieser nennt einen

Thomas Brown als Mitglied des Schatzamtes und berichtet von ihm, dass er früher am Hofe des Königs von Sicilien eine hervorragende Stellung eingenommen und dann von Heinrich II. in seine Dienste genommen worden sei. Stubbs und Bigelow nehmen an, dieser Thomas Brown sei es gewesen, der das sicilische Schatzamt nach dem Muster des englischen eingerichtet habe. In den Sitzungsberichten der römischen Academia dei Lincei (Jahrgang 275, Sitzung vom 28. April 1878) haben Hartwig und Amari zwei Aufsätze „su i divani dell'azienda Normanna in Palermo“ veröffentlicht, welche sich u. a. mit Thomas Brown beschäftigen. In dem einen dieser Aufsätze hat Hartwig den Thomas Brown als magister Thomas, capellanus regis (Θωμάς τὸν βραβύον) aus sicilischen Urkunden von 1139 bis 1144 nachgewiesen. In dem zweiten Aufsätze macht Amari auf folgenden Punkt aufmerksam. Richard Fitznigel schrieb den Dialogus im Winter 1178—1179. Damals arbeitete Thomas am englischen Exchequer. Wird er schon 40 Jahre früher in sicilischen Urkunden erwähnt, so muss er füglich in so jungen Jahren nach Italien gekommen sein, dass er kaum in der Lage gewesen sein kann, auf Grund von Erfahrungen, die er vorher im englischen Schatzamte gesammelt hatte, als Organisator des sicilischen Exchequer aufzutreten.

Die Gerichte der reisenden Richter werden von Bigelow unter den County Courts behandelt. Richtiger wäre es gewesen sie als Emanationen des Königsgerichtes in unmittelbarem Anschluss an dasselbe zu behandeln. Die Assisen der iusticiarii itinerantes sind ebensowenig County Courts wie die missatischen Placita des fränkischen Reiches Volksgerichte sind. Der vicecomes ist zwar allerdings ein königlicher Beamter, aber das Grafschaftsgericht ist nicht ein Zweiggericht der curia regis.

Die Stelle der capitula placitorum coronae regis von 1194, c. 21: et nullus vicecomes sit iusticiarius in vicecomitatu suo nec in comitatu quem tenuerit post primam coronationem domini regis, fasst Bigelow dahin auf, dass den Sheriffs verboten worden wäre, als Richter in den County Courts zu fungiren. Ich sehe darin nur das leicht erklärliche Verbot, dass ein Vicecomes in dem Gerichtssprengel, den er selbst verwaltet hat, als Reiserichter fungire.

Den werthvollsten Bestandtheil des Werkes bildet das Kapitel 4 betreffend den Writprocess, welches dem Verfasser die Gelegenheit bietet die von ihm in den placita anglonormannica zusammengestellten älteren brevia für die Ausbildung des Writprocesses auf englischer Erde nutzbar zu machen. Auf den continentalen Ursprung der Institution lässt sich Bigelow nicht näher ein. Trotzdem ist seine Darstellung ein deutlich sprechendes Argument für den Zusammenhang der englischen Writs mit den fränkischen indiculi, auf welchen, wie ich nachträglich ersehe, schon Stephen, System of pleading p. 398 aufmerksam gemacht hatte. Denn die Gruppen, in welche Bigelow die gerichtlichen Writs eintheilt, entsprechen ziemlich genau den Kategorien, welche ich Entstehung der Schwurgerichte p. 76 für die fränkischen indiculi aufgestellt

habe. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, dass uns auch von Theodorich dem Grossen aus den Jahren 518–526 ein *indculus* erhalten ist, welcher zunächst mit Rozière 434 verwandt ist. Damit tritt vollen Ernstes an uns die Frage heran, ob denn nicht in der That zwischen den fränkischen *indculi* und den spätrömischen Kaiserrescripten ein genetischer Zusammenhang obwalte. Es genüge diese Frage hier aufgeworfen zu haben. Sie zu erledigen ist hier nicht der Ort.

Gegen meine Behauptung, dass die Recognitionen als ein ordentliches Processinstitut von Heinrich II. zuerst in der Normandie, dann in England eingeführt worden seien, lässt sich Bigelow in eine längere Polemik ein¹⁾. Nach ihm wäre in dieser Beziehung unter Heinrich II. keine wesentliche Neuerung eingetreten. Die entgegenstehenden Nachrichten der Quellen wiegen ihm leicht. Entscheidend sind ihm die Gebühren, welche laut der erhaltenen Schatzamtsrechnungen noch unter und nach Heinrich II. für die Gewährung der *brevia recognitionis* gezahlt worden sind. Gegen Zahlung von Geld habe man aber schon vor Heinrich II. die Vergünstigung der *recognitio* vom König bekommen können. Bigelow lässt sich mit seinen eigenen Argumenten widerlegen. Von der Magna Assisa, welche er S. 185 als the reform of Henry the second bezeichnet, gibt er zu, dass sie unter Heinrich II. eingeführt worden sei. Glanvilla II, 7, II, 19 und der Wortlaut der betreffenden *brevia* lassen in der That hierüber keinem Zweifel Raum. Nichtsdestoweniger vermag Bigelow S. 188, 189 zwei Fälle anzuführen, in welchen pro habenda magna assisa verhältnissmässig hohe Gebühren bezahlt werden. Da bleibt denn nur der Ausweg übrig, dass die Zahlung von fines der gesetzlichen Einführung der bezahlten Institution nicht im Wege steht. Dass schon vor Heinrich II. Recognitionen gewährt worden seien ist unrichtig, wenn man sich nicht an das Wort sondern an die Sache hält. Der Ausdruck *recognoscere*, *recognitio* kommt freilich schon lange vor Heinrich II. vor, um die Inquisitio zu bezeichnen, wenn man den Ton mehr auf die Thätigkeit der Geschwornen als auf die des Richters legen wollte. Allein seit Heinrich II. wird der Ausdruck technisch für eine in bestimmten rechtlichen Formen angeordnete und durchgeführte Inquisitio, welche nach meiner Ansicht durch Satzung geregelt worden war²⁾. Vor Heinrich II. setzte ein Inquisitionsmandat

1) In der Einleitung zu den *placita anglonormannica* p. XXVII betont Bigelow die Verschiedenheit zwischen den englischen und normannischen Writs. Keines der englischen Writs über Recognitionen enthalte die Clausel *secundum assisam meam*, welche in der Normandie üblich sei. Allein auch die normannischen Writs haben, seit sich ein fester Kanzleistil ausgebildet hat, diese Clausel nicht. Sie findet sich nur in einzelnen Writs Heinrichs II. — 2) Der Unterschied welchen Bigelow p. 175, Note 4 zwischen *inquisitio* und *recognitio* aufstellt, ist mir unklar geblieben. Die *inquisitio* „might be held by the court itself as the inquisitors; while a recognition was effected by a chosen body of men, not sitting as part of the court“. Die *inquisitio* ist Frage, die *recognitio* ist Antwort. Jene geschieht um eine Antwort zu erhalten. Diese setzt eine Frage voraus. Der Unterschied kann also nicht darin liegen, dass dort gefragt, hier geantwortet wird.

eine unmittelbare Anordnung des Königs voraus. Heinrichs Neuerung hatte die tief greifende praktische Bedeutung, dass unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen die königliche Kanzlei ein für allemal ermächtigt war ein nach bestimmtem Schema ausgestelltes breve recognitionis auszufertigen. Die Erhebung von Gerichtsgebühren ist durch eine solche Einrichtung nicht ausgeschlossen und kann ich in dieser Beziehung nur auf die Bemerkungen zurückverweisen, durch welche ich das Bezahlen der recognitio in meiner Schrift über die Entstehung der Schwurgerichte p. 307 ff. zu erklären versucht habe.

Geradezu misslungen ist Bigelows fünftes Kapitel, welches Distrain (districtio) betitelt ist. Der Verfasser hält sich für berechtigt in the absence of better evidence unmittelbar auf die Lex Salica Tit. 50, 52 zurückzugehen. Näher hätte es gelegen die Lücken der anglonormannischen Quellen durch den Hinweis auf die normannischen Rechtsbücher, namentlich auf die Somma de legibus Normanniae, Titel de liberatione namporum auszufüllen.

In Abschnitt VI „summons“ begegnet der verhängnissvolle Irrthum, dass die Ladung in vornormannischer und in normannischer Zeit ein vom Kläger vollzogener Privatact gewesen sei. Bigelow beruft sich auf die sog. Leges Henrici I. Allein in c. 41 ist das Gegentheil ausgesprochen, denn aus § 5 ff. ergibt sich, dass der Beklagte entweder vom dominus (dem Gerichtsherrn) oder vom vicecomes und zwar entweder per breve oder per nuncium vorgeladen wird. Auch in der Normandie ist die Vorladung eine richterliche (Entstehung der Schwurgerichte S. 164), war doch die Privatladung schon in fränkischer Zeit durch die richterliche bannitio ersetzt worden.

In Kapitel VII: the issue term fehlt die Erörterung der Attornatio. Eine zusammenfassende Darstellung der englischen Processrechtsgeschichte durfte sich über dieses Thema nicht mit den Worten hinwegsetzen, dass es schon anderwärts genügend behandelt worden sei (p. 245). Dagegen würde man die langen Citate aus isländischen Sagen, welche zwar an sich sehr interessant sind, aber nichts mit dem anglonormannischen Verhandlungstermin zu thun haben, leicht vermissen können.

Kapitel VIII behandelt das Beweisurtheil, medial judgment, Kapitel IX das Beweisverfahren (trial term), ein kurzes Schlusskapitel (X) das Endurtheil (final judgment). Die Stelle der Leges Henrici I, c. 64, § 1 bedeutet nicht, dass es ein Missbrauch sei anstatt des Eides ein Ordal als Beweismittel zu wählen, sondern dass der Eidesformalismus mit seinen Gefahren eine Gewähr gegen Meineide und ein Antrieb sei statt des Eides das Gottesurtheil als Vertheidigungsmittel anzuwenden. Vergleiche meine Abhandlung über Wort und Form im altfranzösischen Process S. 720, 721. In dem bekannten Artikel 38 der Magna Charta: nullus ballivus ponat de cetero aliquem ad legem simplici loquela sua sine testibus fidelibus inductis, bedeutet lex nicht, wie Bigelow p. 323f. behauptet, schlechtweg das Ordal, sondern in erster Linie den Reinigungseid. Der Fiscus hatte nach normannischem Rechte das Vorrecht, dass

der königliche Beamte ohne Klagzeugniss eine Klage einbringen konnte, deren der Beklagte sich durch seinen Eid, im Fall des Unvermögens durch ein Ordal entreden musste. Da dieses Vorrecht der zeugnisslosen Klage vielfach missbraucht wurde, schaffte es die Magna Charta ab (Wort und Form im altfranzösischen Process 728, Entstehung der Schwurgerichte 199, 200). Es ist daher kein Missverständniss, sondern eine authentische Interpretation, wenn schon in der Charta Heinrichs III. von 1217, der Ausdruck *ad legem* durch die Worte *manifestam nec ad iuramentum* ergänzt wird.

So verdienstvoll Bigelows Darstellung des anglonormannischen Processrechtes im Einzelnen ist, so liefert sie doch im Ganzen den Beweis, dass es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft einigermaßen gefährlich ist, die Geschichte des älteren englischen Rechtes ohne genaue Kenntniss der normannischen, der fränkischen und altfranzösischen Rechtsgeschichte zu schreiben.

Heinrich Brunner.

Dante dal Re, i precursori italiani di una nuova scuola di diritto romano nel secolo XV. Roma 1878. 8^o.

Der Verfasser entwirft uns in grossen Zügen ein lebendiges Bild der geistigen Bewegung, welche in Italien im vierzehnten Jahrhundert beginnt, im fünfzehnten durch die Humanisten ihre Höhe erreicht; und indem er ihre Verzweigung in die verschiedenen Richtungen des Denkens und Wissens zeigt, wird er zu der Frage geführt, ob und in wie weit die Jurisprudenz von ihr berührt worden sei. Er schildert dann den Zustand dieser Wissenschaft zur Zeit der Glossatoren und Postglossatoren. Dass er in der Thätigkeit der letzteren, nach Savigny's Vorgang nur den wissenschaftlichen Verfall sieht, kann nicht befremden. Zwar müssen wir gegen die Einseitigkeit dieses Urtheiles Widerspruch erheben und, wie an einem anderen Orte näher ausgeführt ist¹⁾, an die Verdienste und die historische Bedeutung der Postglossatoren als Begründer eines modernen, praktischen Rechts erinnern. Allein dem Verfasser dürfen wir aus dem Festhalten an der überlieferten Beurtheilung um so weniger einen Vorwurf machen, als es ihm nicht um eine allseitige Würdigung der Postglossatoren, sondern nur um den Gegensatz, in welchem sie zum Humanismus standen, zu thun ist. Die Ursache des nicht zu bestreitenden Niederganges der wissenschaftlichen Leistungen erkennt Verfasser mit Recht nicht in einem Sinken der geistigen Kraft, sondern in dem „Verhängniss“ (fatalità; wir haben es a. a. O. S. 103 ein „Naturgesetz“ genannt), dass jede wissenschaft-

¹⁾ Stintzing, *Gesch. d. deutschen Rechtswissenschaft*, Bd. 1, S. 111 ff.